Staatsbesuch: Kretschmann trifft Schweizer Politiker

Abkommen nicht vor 2014

BERN. Bundesratspräsident Winfried Kretschmann (Grüne) sieht keine Chance für einen neuen Anlauf zu einem Steuerabkommen mit der Schweiz noch in diesem Jahr. Der baden-württembergische Ministerpräsident verwies dazu gestern bei einem Besuch in Bern auf den Bundestagswahlkampf sowie auf nach wie vor bestehende Auffassungsunterschiede zwischen politischen Lagern in Deutschland zur Besteuerung deutscher Schwarzgeldvermögen in der Schweiz.

Zugleich warnte Kretschmann vor Reportern, dass ähnlich wie das Steuerabkommen auch das Fluglärmabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz scheitern könnte. Zu umstrittenen Fragen des Abkommens über die Nutzung des deutsch-schweizerischen Luftraums in der Umgebung des Flughafens Zürich müssten in Nachverhandlungen eindeutige Regelungen gefunden werden, sagte Kretschmann bei einer Pressekonferenz mit dem Präsidenten des Schweizer Ständerates, Filippo Lombardi. „Sollten diese Fragen nicht geklärt werden können, ist der Vertrag für die deutsche Seite nicht mehrheitsfähig." *lsw*

Winfried Kretschmann warnt vor einem Scheitern des Abkommens. BILD: DPA

Verwaltung: Regierung hält an geplanten Verbeamtungen fest

Wirbel um Beförderung im Eiltempo

WIESBADEN. Nur wenige Monate vor der hessischen Landtagswahl soll die Personalkommission des Landes zahlreiche Verbeamtungen von Angestellten und Beförderungen beschlossen haben. Das berichtet die „Bild"-Zeitung. Sie schreibt von rund 30 Fällen, die eine „Beamten- und laufbahnrechtliche Ausnahme" darstellten. Darunter gebe es auch Fälle, in denen die Probezeit noch nicht abgelaufen sei.

Regierungssprecher Michael Bußer sagte, es seien zweimal im Jahr – zum 1. April und 1. Oktober – Termine für die Beförderung vorgesehen. Die zuständige Personalkommission tage natürlich auch davor. In ihr sitzen Vertreter der Landtagsparteien, der Ministerien und der Verwaltung. Die Ministerien machten der Kommission eine Vorlage. „Diese Vorlage halten wir für sachgerecht", sagte Bußer. Die letzte Entscheidung treffe aber die Kommission.

Unter anderem soll der Sprecher von Innenminister Boris Rhein (CDU), Mark Kohlbecher, als Ministerialrat verbeamtet werden. Er steht erst seit zwei Jahren in Diensten des Landes. Laut „Bild" kann er in der Besoldungsstufe A 16 auf ein Gehalt von bis zu 5972 Euro brutto klettern.

Die Opposition spricht schon seit Längerem von einer „Operation Abendsonne". SPD und Grüne teilten mit, dass CDU und FDP offenbar nicht mit einem Wahlsieg im September rechneten. Der im Bericht der „Bild" erwähnte Grünen-Abgeordnete Mathias Wagner teilte mit, an den Verbeamtungen könne auch eine neue Landesregierung nichts mehr ändern. Die Zeche zahle der Steuerzahler. *lhe*

Umwelt: Lachse, Forellen und Aale finden wieder mehr Lebensraum / Ökologen fordern Unterstützung durch Technik

Neue Fische bevölkern Hessens Flüsse

Von dpa-Korrespondent
Klaus Nissen

FRANKFURT. Noch in den 1970er Jahren galten die Fische in hessischen Flüssen fast als ausgerottet. Im Main überlebten damals einige Rotaugen und Brachsen. Inzwischen schlängeln sich wieder Aale in der Lahn, Forellen in der Nidda und Lachse in Main und Weil. Mit Fisch-Aussetzungen, Brutanstalten, Wanderungs- und Laich-Hilfen bringen Behörden und Naturschützer mehr Fauna in die Flüsse.

Doch so reich wie vor dem Bau der ersten Stauwehre im 17. Jahrhundert sind die Fischgründe noch lange nicht. Zu viele Wanderfische werden in den Turbinen von Wasserkraftwerken zerstückelt, klagt der Verband Hessischer Fischer. Und der Gewässerökologe Gottfried Lehr fordert mehr Flachwasserzonen und den Abbau aller nicht unbedingt notwendigen Stauwehre.

Der Ingenieur aus Bad Vilbel kennt die heimische Nidda noch als Kanal, der das Regenwasser schnell in den Main spülen sollte, um die Wetterau vor Überflutungen zu schützen. Für Jungfische war der Fluss viel zu unruhig. Seit Jahrzehnten konzipiert Lehr deshalb Schlaufen, künstliche Sandbänke und Überflutungsräume. Sponsoren und Naturschutzbehörden sorgen für Finanzierung und Bau.

Rückkehr altbekannter Arten

Jetzt gebe es wieder Barben und Nasen und sogar den seltenen Schneider in der Nidda. Im Unterlauf habe man die einst hier ausgestorbene Hasel gesichtet. Die kleinen Bitterlinge „vermehren sich wie blöd", sagt Lehr. Sie lebten in einer Symbiose mit Flussmuscheln, die nun häufiger zu finden seien. Im Nebenfluss Usa gebe es sogar wieder Elritzen: „Es ist unglaublich, was sich da tut."

Seit 2009 setzen Angler und Naturschützer jeweils im Herbst tausende junge Forellen in Nidda und Usa aus – in der Hoffnung, dass sie alle Stauwehre bis zum Rhein überwinden und nach ihrem Lebenszyklus an den Küsten Norwegens und Islands zum Laichen wieder in die hessischen Flüsse finden. „Die ersten Rückkehrer haben wir schon gesichtet", berichtet der Ökologe Lehr.

Erfolge melden die hessischen Naturschützer und die für Fischerei zuständigen Regierungspräsidien auch bei der Fisch-Ansiedlung in Fulda und Eder, bei der Einbürgerung von Lachsen in der Lahn und der Weil. Allerdings scheitern die erwachsenen Lachse bei der Rückkehr vom Atlantik in die Lahn schon an der hohen Staustufe bei Lahnstein in Rheinland-Pfalz. Im Rahmen des europäischen Projekts „Lachs 2020" ist deshalb in Aumenau eine Brutanstalt gebaut worden. Dort zieht man Jungfische aus den befruchteten Eiern der vor der Staustufe gefangenen Lachse und setzt den Nachwuchs dann in die Flüsse.

Die Staustufen werden im Zeichen der Energiewende zu Laufwasserkraftwerken ausgebaut. Die Turbinen zerstückelten bis zu 90 Prozent der wandernden Fische, klagt Günter Hoff-Schramm vom Verband Hessischer Fischer in Wiesbaden. Der Naturschützer Winfried Klein fand nach eigenen Angaben am 6. November vergangenen Jahres 45 Kilo toter Aale an einem Wasserkraftwerk an der Lahn. Dabei sei in jener Nacht nur eine der beiden Turbinen in Betrieb gewesen.

Jede nicht unbedingt notwendige Staustufe müsse verschwinden, fordert daher der Gewässerökologe Lehr. An der Kinzig, der Gersprenz, am Schwarzbach und anderen Flüssen ist man schon dabei. Den größten Handlungsbedarf sehen Lehr und Fischer-Funktionär Hoff-Schramm am Main: Der sei von der Mündung bis Bamberg durch 33 Wehre zu einer Kette von Stauseen degradiert.

Trotzdem wird der Main insgesamt durchlässiger. Eine neue Fischpassage soll bis 2015 in Eddersheim entstehen. Und das Wasserkraftwerk an der Offenbacher Schleuse will der Stromerzeuger Eon für Aale ungefährlicher machen. Geplant ist die Installation eines „Migromat". Er besteht aus zwei Behältern, in denen einige Aale in der Strömung gehalten werden. Sobald die Wanderzeit gekommen ist, werden sie unruhig. Funkchips sollen das einer Leitstelle melden, die dann das Wehr für einige Tage absenkt. Auch andere Wehre müsse man für die Fische zeitweise tieferlegen, fordert der Ökologe Lehr.

Ruhezone am Main

- Der Main soll in diesem Jahr auch im **Frankfurter Stadtzentrum Ruhezonen für junge Fische** bekommen. Das Umweltamt plant parallel zum Ufer verlaufende Steinschüttungen, die den Wellenschlag der Schiffe abhalten.
- Die Steine werden unter anderem **nahe der Alten und der Ignatz-Bubis-Brücke** zu sehen sein.
- Mit einer **Genehmigung** durch den Darmstädter Regierungspräsidenten sei **in den kommenden Wochen** zu rechnen, hofft Rainer Zimmermann im Frankfurter Umweltamt.
- „Der Bau **kostet Millionen**", schätzt Zimmermann. Das Geld werde aus Ausgleichszahlungen von Bauherren für neue Gebäude und Straßenversiegelungen fließen.
- Für den **20 Kilometer** langen Main-Abschnitt auf Frankfurter Stadtgebiet gebe es eine Liste von mehr als 30 wünschenswerter Maßnahmen zum Schutz der Fische. *lhe*

Zuchtprogramme – wie hier in Hofheim am Taunus – sollen dabei helfen, auf lange Sicht die Population der Lachse im Land wieder zu vergrößern. BILD: DPA

Statistik: Mehr Verkehrstote in Hessen als 2011 / Unfälle vor allem auf Landstraßen und in Städten

Gegen den Bundestrend

WIESBADEN. Entgegen dem Bundestrend sind in Hessen im vergangenen Jahr mehr Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben gekommen als im Vorjahr. 283 Menschen starben auf hessischen Straßen, das waren 20 mehr als 2011, berichtete gestern das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Auch in Rheinland-Pfalz, Sachsen und Bremen gab es mehr Verkehrstote, in allen anderen Bundesländern ging ihre Zahl zurück. Bundesweit meldete das Statistische Bundesamt 3606 Verkehrstote. Das ist ein neuer Tiefststand seit Beginn der Statistik vor mehr als 60 Jahren. Autos und Straßen sind sicherer geworden, aber es gibt nach Überzeugung von Experten Potenzial, die Zahlen noch weiter zu senken.

Technik als Chance und Risiko

Handlungsbedarf sehen sie vor allem auf Landstraßen und in den Städten. Von Januar bis November 2012 ereigneten sich 60 Prozent der tödlichen Unfälle auf Landstraßen und 29 Prozent innerorts. „Die Autobahnen sind unser kleinstes Problem", sagt Siegfried Brockmann, Leiter der Unfallforschung der Versicherer (UDV). Unfälle passierten vor allem in komplexen Situationen, etwa beim Abbiegen oder Überholen. Deshalb müsse dort mehr für die Sicherheit getan werden.

Die Technik sei der wichtigste Grund für den Rückgang der vergangenen Jahrzehnte, und dort seien immer noch Verbesserungen möglich, sagt Brockmann. „Teilautomatisiertes Fahren" könne Gefahrensituationen vermeiden – etwa, wenn eingebaute Assistenten dem Fahrer drohende Kollisionen beim Abbiegen nicht nur akustisch anzeigen, sondern den Wagen auch automatisch bremsen, bevor es kracht.„Wir müssen aber mehr tun, als uns auf Technik zu verlassen", sagt Brockmann. Zuviel Technik im Auto könne sogar Unfälle verursachen, meint der ACE Auto Club Europa. Wer hinterm Steuer gleichzeitig im Internet unterwegs sei, könne sich nicht mehr auf das Geschehen auf der Straße konzentrieren.

Ein Bewusstseinswandel sei nötig, Verkehrssicherheit müsse als gesellschaftliche Aufgabe festgeschrieben werden, fordert daher Sicherheitsexpertin Anja Hänel vom ökologischen Verkehrsclub Deutschland (VCD). Tempolimits und eine Null-Promille-Grenze gehörten dazu. Tempo 30 in Städten müsse die Regel werden, um Zahl und Schwere der Unfälle zu senken.

Ein Tempolimit allein werde gar nichts ändern, widerspricht Unfallforscher Brockmann. „Auf der selben breiten, vielleicht vierspurigen Straße plötzlich nur noch 30 fahren – das wird nicht funktionieren." Straßen müssten vielmehr so umgebaut werden, dass Autofahrer nicht zum Schnellfahren animiert würden. Fußgänger und Radfahrer, die nicht so gut geschützt unterwegs sind, sollten besser durch den Verkehr und über Straßen geführt werden.

Auf Landstraßen machen Brockmann vor allem „Baumunfälle" Sorgen. Jeder dritte tödlich Verletzte auf Landstraßen sei mit einem Baum kollidiert. Helfen könnten Schutzplanken, die freilich Geld kosten. „Für Alleen ist Geld da, aber nicht für Schutzplanken", bemängelt Brockmann. Die Kritik des VCD, viele Landstraßen seien mit Millionenaufwand zu breiten Rennpisten ausgebaut worden und deshalb unfallträchtiger, teilt Brockmann nicht: „Eine ausgebaute Landstraße ist sicherer als eine alte, einspurige." Die Gefahr von Überhol- und Abbiegeunfällen sei geringer. *dpa*

283 Menschen kamen im Jahr 2012 auf hessischen Straßen ums Leben. BILD: DPA

Mainz: CDU kritisiert rot-grünes Verhalten im Beihilfeverfahren

Streit um Hahn und Nürburgring spitzt sich zu

MAINZ. Der Streit um den hoch verschuldeten Flughafen Hahn und den insolventen Nürburgring spitzt sich zu. „Wir haben die gleiche Situation am Hahn wie vor einem Jahr am Nürburgring: Der Hahn steht jetzt auch vor der Insolvenz", sagte der rheinland-pfälzische CDU-Fraktionsvize Alexander Licht gestern in Mainz. CDU-Oppositionsführerin Julia Klöckner kritisierte, die rot-grüne Landesregierung habe die EU-Kommission bei ihren Beihilfeverfahren zum Nürburgring und zum Hahn sträflich links liegengelassen. Brüssel nimmt hier womöglich illegale staatliche Subventionen unter die Lupe.

„Ich verstehe es wirklich nicht, warum sich die Landesregierung bisher nicht auf oberster Ebene in Brüssel hat sehen lassen", sagte Klöckner. „Es ist grob fahrlässig, das so plätschern zu lassen." Auch „die positive politische Lobbyarbeit" sei wichtig. Auch EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia und EU-Energiekommissar Günther Oettinger seien dafür, dass die Landesregierung bei ihnen „möglichst früh offene Karten auf den Tisch legt". Die Regierung habe jedoch immer noch nicht auf alle Fragen der Kommission geantwortet.

Regierungssprecherin Monika Fuhr wies den Vorwurf als falsch zurück. Sie sagte, die Landesregierung pflege auf allen Ebenen einen engen Kontakt zur EU-Kommission. Das Verkehrsministerium bestätigte allerdings, dass zumindest Ressortchef Roger Lewentz (SPD) noch nie als Minister die EU-Kommission in Brüssel aufgesucht habe.

Klöckner sagte zudem unter Berufung auf Almunia, die mit Spannung erwartete neue EU-Flughafen-Richtlinie komme statt im Sommer wohl erst im Herbst oder Winter. Vorher seien beim Hahn nur Finanzierungen möglich, „die keine Strukturen verändern". Schon im März muss der ehemalige US-Fliegerhorst 12,8 Millionen Euro tilgen.

Neues Gutachten zu Flughafen

Unterdessen erhielt das Verkehrsministerium ein neues Verkehrswert-Gutachten für den Hahn. Demnach entspricht der Wert der „luftseitigen Infrastruktur" der Größenordnung des Buchwertes, der in den Bilanzen aufgeführt ist. Diese beziffern laut Bundesanzeiger den Wert von Startbahn, Rollwegen, Vorfeld und Tower auf rund 85 Millionen Euro. Das Ministerium prüft, ob die Flughafen-Infrastruktur für diese Summe an den Landesbetrieb Mobilität (LBM) verkauft und zurückgepachtet werden kann – ohne dass Brüssel sich quer stellt. *lrs*

IN KÜRZE

Brand in Getränkefabrik

LIEDERBACH. Im Lager des Getränkewerks der Coca Cola Südwest AG in Liederbach im Taunus sind am Donnerstagabend mehrere Paletten mit dem Softgetränk in Flammen aufgegangen. Das teilte die Polizei gestern mit. Menschen wurden nicht verletzt. Die Höhe des entstandenen Schadens blieb zunächst unklar. Die Feuerwehr konnte das aus nicht geklärter Ursache ausgebrochene Feuer vollständig löschen. *lhe*

Schutzausrüstung für Pferde

FRANKFURT. Hessens Polizeipferde tragen zum Schutz bei Steinwürfen und vor Pyrotechnik künftig ein Visier aus unzerbrechlichem Kunststoff. Wie unter anderem ein Beinschutz sowie Westen für die Reiter gehört es zu einer neuen Ausrüstung im Gesamtwert von rund 53 000 Euro, die Innenminister Boris Rhein gestern in Frankfurt übergab. *lhe*

AUFGELESEN

Ein **Flugzeug hat** in der Einflugschneise des Frankfurter Flughafens die **Dächer von zwei Häusern beschädigt**. Mehrere Ziegel seien in der Nacht zum Freitag durch Luftverwirbelungen heruntergeweht worden, teilte der Flughafenbetreiber Fraport mit. Das Unternehmen kündigte an, den Schaden an den Häusern in Flörsheim zu bezahlen. *lhe*

Stuttgart 21

Weiter Unklarheit bei Mehrkosten

STUTTGART/BERLIN. Über eine Verteilung milliardenschwerer Mehrkosten und Risiken beim Bahnprojekt Stuttgart 21 wird nach Angaben der Bundesregierung weiterhin beraten. „Die Gespräche laufen alle noch", sagte eine Sprecherin des Bundesverkehrsministeriums. Sie verwies auf die Projektpartner Bahn, Stadt und Region Stuttgart sowie das Land Baden-Württemberg. Der Aufsichtsrat der Bahn soll am 5. März über den Anteil des bundeseigenen Konzerns entscheiden.

Die S-21-Gegner haben für heute zu einer Kundgebung in der Landeshauptstadt aufgerufen, zu der sie mehrer Tausend Menschen erwarten. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hält dagegen an S 21 fest. „Stuttgart 21 wird gebaut", sagte er der „Stuttgarter Zeitung". Es gebe ein „gesamtstaatliches" Interesse an dem Projekt. *lsw*